

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Brigitte Klee
Stellv. Ausschussvorsitzende Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Vertreter Björn Heinisch

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Vertreterin Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Grundmandat Horst Dieter Walzner

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Andreas Kout
Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt
Ausschussmitglied Peter Siefken
Ausschussmitglied Sylke Siener

In der Jugendhilfe erfahrene Person

beratendes Mitglied Bernhard Busemann

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Brigitte Pecht

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Ellen Seehausen

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Carsten Feist

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Gast

Thomas Neumann Jugendamt

Protokollführer

Jürgen Broda

entschuldigt fehlten:

Ülkü Abike

Al-Chafia Hammadi

Petra Kolbe

Benjamin Lühr

Sybille Martfeld

Manfred Pfaus

Vertr. der Interessen ausländischer Kinder u. Jgdl.

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Mitglied SPD-Fraktion

Jugendparlament

Ev.-luth. Kirche

Freie Jugendhilfe

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.12.2013
- 3 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss
- 3.1 Kinder- und Jugendförderplan 2014 – 2018 34/2014
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Jahresstatistik 2013 Bildung und Teilhabe
- 4.2 Bundeswehr - Kinderbetreuung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Klee eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.12.2013

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.12.2013 wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

- einstimmig zugestimmt -

3 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss

3.1 Kinder- und Jugendförderplan 2014 - 2018

34/2014

Herr Feist teilte mit, dass man nunmehr einen weiteren Teil der Jugendhilfeplanung, den Kinder- und Jugendförderplan 2014 – 2018, vorstellen werde. Es gehe nicht darum einen Ressourcenbeschluss zu fassen, sondern in erster Linie müsse der Stadtjugendpfleger und sein Team eine Planungsgrundlage haben, um den Kinder- und Jugendförderplan in seinen Details weiterentwickeln zu können. Er wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehenden radikalen Veränderungen im Schulbereich, wie beispielsweise die Inklusion oder den Ausbau der Ganztagschulen, hin.

Entgegen den Ankündigungen in der Einladung (Vorlagen-Nr. 34/2014) wird die Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss über die Genehmigung des Kinder- und Jugendförderplanes 2014 - 2018 auf die nächste Sitzung im März vertagt. So habe man noch Gelegenheit, sich ausführlich damit befassen zu können.

Herr Neumann und Herr Gerjets stellten anhand einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 1**) den Kinder- und Jugendförderplan 2014 – 2018 vor. Man erläuterte die Ziele, den Planungsprozess, deren Einordnung sowie die Handlungsbereiche um dann mit dem Fazit darüber zu enden den zukünftigen Herausforderungen durch eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung (u. a. Demographie, Bildungslandschaft etc.) gewappnet zu sein und – trotz prekärer Haushaltslage – ein transparentes, tragfähiges Konzept zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit zu haben.

Herr Feist erläuterte ergänzend, dass die Landesregierung beabsichtige für die Ganztagsbeschulung 260 Millionen Euro zur Verfügung stellen zu wollen. Hier würden Ende Februar Gespräche mit dem Kultusministerium anstehen um u. a. zu erfragen in welcher Höhe und wann mit Geldern zu rechnen sei. Darüber hinaus könne sich die Beauftragte der Landesregierung für Regionalfragen vorstellen, wegen der besonderen strukturellen Probleme in Wilhelmshaven, eine Modellregion zu prägen und diese mit Geldmitteln zu unterstützen. Diese im Augenblick getroffene politische Aussage müsse nun hinterfragt werden. Dieser erarbeitete Kinder- und Jugendförderplan passe hier natürlich genau hinein – man werde sich um Drittmittel, Landesmittel, ESF-Mittel bemühen. Ein wesentlicher Aspekt der Jugendarbeit ist auch das Proaktivcenter – die Förderung läuft mit dem 31.12.2014 (Auslauffrist 30.06.2015) aus. Vom Land Niedersachsen ist für den Herbst 2014 eine Anschlussrichtlinie angekündigt worden. Hier bleibt abzuwarten unter welchen Voraussetzungen, mit welchen Inhalten und Fördersätzen hier zu rechnen sein werde.

Auf die Frage von Herrn Schaarschmidt nach der unterschiedlichen Förderung durch den Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven bei Jugendfreizeiten antwortete Herr Gerjets, dass es keine landeseinheitlichen Richtlinien gäbe.

Die grundsätzlich höhere Förderung im Landkreis Friesland täusche jedoch, da sie limitiert sei und folglich späte Antragstellungen durchaus nicht mehr berücksichtigt würden. Herr Feist ergänzte, dass es sich hierbei um freiwillige Leistungen handele und man sich insbesondere vor dem Hintergrund der Kontrolle durch die Kommunalaufsicht damit zurückhalten müsse.

Herrn Siefken fehlen in dem Kinder- und Jugendförderplan konkrete Aussagen zu den Jugendwerkstätten. Herr Feist regte an, dass er seine Änderungsvorschläge zur weiteren Bearbeitung vor der 2. Lesung an Herrn Neumann reichen möge.

Die weiteren Hinweise und Fragen von Herrn Kout und Herrn Busemann wurden von Herrn Gerjets und Herrn Neumann beantwortet. Die Unterstützung der Jugendinitiativen sei weiterhin eine der zentralen Aufgaben der Jugendhäuser und durch die zu erstellenden Jahres- und Qualitätsberichte bestünden automatische Evaluationsrhythmen. Dies sei insbesondere wegen der zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen nötig, um entsprechend schnell reagieren zu können.

Beschluss:

- vertagt -

4 Mitteilungen und Anfragen

Keine

4.1 Jahresstatistik 2013 Bildung und Teilhabe

Herr Feist stellte dem Ausschuss im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 2**) den Jahresbericht zu Bildung und Teilhabe (BuT) 2013 vor. Er erläuterte, dass es zwei Möglichkeiten gibt BuT-Leistungen erhalten zu können. Zum einen sind das die Leistungsberechtigten nach SGB II und dann gibt es die Personen, die andere soziale Leistungen wie Wohngeld, Sozialgeld oder Kinderzuschlag erhalten. Die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket werden für die Empfänger von SGB II-Leistungen durch das Jobcenter und für die Bezieher sonstiger sozialer Leistungen durch das Jugendamt der Stadt Wilhelmshaven gewährt. Hier werde derzeit geprüft, die Sachbearbeitung an einer Stelle – dann dem Jugendamt – zu bündeln.

Festzustellen bleibe, dass die Steigerungsrate von 29 % von 2012 zu 2013 zeige, dass sich die intensive Beratungsarbeit ausgezahlt habe und weiterhin hoher Bedarf in der Stadt Wilhelmshaven besteht.

4.2 Bundeswehr - Kinderbetreuung

Herr Schaarschmidt fragte nach dem Stand bezüglich der Kinderbetreuung im Bereich der Bundeswehr.

Herr Feist berichtete, dass er zu diesem Thema, Betreuung von Kindern von zivilen und militärischen Beschäftigten, in sehr engem telefonischem Kontakt zu Frau Bastek, der Büroleiterin der Bundesverteidigungsministerin Frau von der Leyen, stehe. Zwischen ihm und Frau Bastek sowie der verantwortlichen Projektbeauftragten werde es in der 9. Kalenderwoche 2014 zu einem persönlichen Gespräch in Wilhelmshaven kommen.

Herr Busemann sieht dabei vor dem Hintergrund der Inklusion und den Qualitätsanforderungen die Schaffung einer Kindertagesstätte auf Bundeswehrgelände äußerst kritisch.

Frau Pecht hält die Vorstellungen der Bundeswehr, ganzjährige Betreuung im Rahmen der Betreuungszeiten von 6:30 Uhr bis 18:00 Uhr durch die bestehenden Einrichtungen derzeit für nicht leistbar. Frau Gastmann und Frau Weinstock sprachen aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen den Wunsch nach generell flexibleren Öffnungszeiten in den Wilhelmshavener Kindertagesstätten an.

Herr Feist verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Einrichtungen durchaus auch erweiterte Öffnungszeiten anbieten könnten. Eine über die gesetzlichen Regelungen hinausgehende kommunale Förderung könne es jedoch nicht geben. Bei dieser Öffnungszeiten-Diskussion sei es vorrangig wichtig, immer auch das Kindeswohl im Blick zu haben. Herr Schaarschmidt ging in diesem Zusammenhang auch noch auf die hilfreiche Ergänzung durch die mögliche Tagespflege ein.

Auf Frage von Herrn Bolten erläuterte Herr Feist, dass es bei der Bundeswehr nach bisherigem Kenntnisstand lediglich um die Schaffung einer Krippen- und einer Kitagruppe gehen werde.

Der Jugendhilfeausschuss wird in der nächsten Sitzung über die Ergebnisse des Gespräches mit Frau Bastek informiert werden.

Ende der Sitzung 16:42 Uhr

Klee
Vorsitzende

Stoffers
Erster Stadtrat

Broda
Protokollführer